



Sigrid Hupach

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE
Leiterin des Arbeitskreises Lebensweisen und Wissen und
Kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

Soziokulturelle Zentren sind wunderbar für die Arbeit mit Geflüchteten geeignet, insbesondere auch mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen – und das aus mehreren Gründen:

Die ca. 500 Einrichtungen sind bundesweit sehr unterschiedlich aufgestellt, aber eines ist ihnen allen gemeinsam: sie sind erprobt im Reagieren auf neue Aufgaben, sie sind offen in der Ansprache neuer Zielgruppen und geübt im Neugierigmachen auf Neues, Unbekanntes. Und: ein großer Teil von ihnen ist über viele Jahre schon erfahren in der Arbeit mit Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Herkunft oder in unterschiedlicher sozialer Situation. Gerade dieser sozialräumliche Ansatz ist mir enorm wichtig, schafft er es doch, nicht ausgrenzend zu wirken!

Die Frage ist eigentlich eine Doppelte: was kann Kultur für die Arbeit mit Geflüchteten leisten, und was speziell könnte der besondere Beitrag der Soziokulturellen Zentren dafür sein?

Im vergangenen Jahr haben viele Menschen bei uns Zuflucht gesucht, die selbstverständlich nicht nur mit dem Notwendigsten versorgt werden müssen, sondern die auch Orte und Angebote benötigen, wo sie mit ihren Erfahrungen und Ängsten, mit ihren Bedürfnissen und Hoffnungen ernst genommen werden. Und gerade hierbei kann Kultur enorm viel leisten. Das Recht auf kulturelle Teilhabe ist ein Menschenrecht und gilt überall.

Die Soziokulturellen Zentren gibt es in Städten, aber eben gerade auch in ländlichen Räumen. Sie sind sogenannte „niedrigschwellige“ Kultureinrichtungen. Das heißt: sie sind vor Ort und sie sind erfahren in der interkulturellen Arbeit, und das meist über viele Jahre.

Der Kulturrat forderte vor kurzem unter anderem eine Aufstockung der Kulturausgaben von Bund, Ländern und Kommunen um 5 %. Nimmt man mal die Zahlen von 2012, wie sie der letzte Kulturfinanzbericht nennt, wären das bei 9,5 Mrd., was Bund, Länder und Kommunen für die Kultur ausgeben, eine halbe Mrd. Euro. Das klingt viel, ist angesichts der Wirtschaftskraft aber eigentlich wenig: ganze 0,36 % betragen die Kulturausgaben am BIP, oder 1,69 % an den Gesamtetats.

Ich glaube, wir müssen bei der Beantwortung der Frage, wie wir uns unsere Gesellschaft zukünftig vorstellen, wie wir in Zukunft leben wollen, auch über eine grundlegendere Verteilung von Geld und von öffentlicher Förderung reden.

Um ein Beispiel zu nennen: Im vergangenen Jahr betrug der Aufwuchs im Verteidigungsministerium allein, also die Summe, die zusätzlich zum Vorjahr zur Verfügung gestellt wurde, so viel wie der gesamte Kulturetat. Wenn wir ehrlich sind, ist doch Geld genug da, nur nicht an den richtigen Stellen...

Unsicher bin ich, ob wir für die Kulturarbeit mit Geflüchteten eigene Förderprogramme brauchen oder ob interkulturelle Arbeit nicht fester, selbstverständlicher Bestandteil aller Kulturförderung sein sollte. Letztlich zielt Kultur ja immer auf Vielfalt und die Kulturarbeit mit Geflüchteten ergibt nur Sinn, wenn die Geflüchteten nicht als abgeschlossene Zielgruppe verstanden werden, sondern die Vorhaben und Projekte immer inklusiv ansetzen, sich also an alle richten.

Ich begrüße es aber dennoch, wenn wir über eigene Programme mehr Geld für die Arbeit mit Geflüchteten haben, jeder Euro mehr in der Kultur ist bestens angelegtes Geld.

Wichtig ist dabei, dass wir nicht von der falschen Annahme ausgehen, dass wir es mit zwei homogenen, einheitlichen Gruppen zu tun haben – mit den Geflüchteten und mit den Deutschen, und sich die eine Gruppe in die andere einfügen muss, bis sie selbst gar nicht mehr erkennbar ist.

Auch Deutschland ist bereits eine Einwanderungsgesellschaft und viel bunter als häufig angenommen. Und selbst die, die hier seit Generationen leben, sind kulturell eher regional als national geprägt. Wir haben es also hier bereits mit Vielfalt zu tun, wie auch auf der Seite der Geflüchteten. Sie kommen aus ganz unterschiedlichen Ländern, ganz unterschiedlichen kulturellen oder religiösen Zusammenhängen oder unterschiedlichen sozialen Lagen.

Dank der Geflüchteten haben wir eine recht breite und eigentlich überfällige gesellschaftliche Debatte darüber, wie wir leben wollen, wie wir uns unsere Gesellschaft vorstellen. Allerdings haben wir es so auch mit einer fast erschreckend starken rechtspopulistischen Agitation zu tun, die Ängste schürt und Menschen gegeneinander ausspielt.

Uns hiergegen zu engagieren, muss uns allen ein Anliegen sein. Auch hierzu können Soziokulturelle Zentren einen wichtigen Beitrag leisten – nicht zuletzt, weil auch sie erfahren sind im Kampf gegen Rechtsextremismus: im Rahmen von Aktionen, aber eben auch durch partizipative Ansätze.

Sie unterbreiten nicht nur Angebote, sondern bieten Räume, um sich über Sprachbarrieren hinweg kennenzulernen, sich auszuprobieren, Bedürfnisse zu artikulieren und um sich selbstbestimmt und gestaltend einbringen zu können.

Die Möglichkeit zu dieser Erfahrung ist gerade für Geflüchtete nicht hoch genug zu schätzen – angesichts der langen Zeit, die sie in Ungewissheit zubringen müssen und aufgrund eines ungeklärten Status zum Nichtstun gezwungen werden.

Soziokulturelle Zentren können viel leisten, aber sie brauchen Unterstützung – in verschiedenen Bereichen:

Eine ernstgemeinte Integration braucht Verlässlichkeit, also langfristig angestelltes Personal, unterstütztes Ehrenamt und stabile Strukturen...

Wir hatten vor reichlich einer Woche eine gemeinsame Anhörung des Bildungs- und des Kulturausschusses im Bundestag zum Bundesprogramm „Kultur macht stark“. In der Evaluation ist auch deutlich geworden, dass das Interesse an Angeboten

kultureller Bildung steigt, wenn klar ist, dass das Angebot auch länger besteht und nicht nur einmal kurz aufleuchtet und dann wieder verschwindet.

Wir LINKE streiten schon lange für eine stärkere institutionelle Finanzierung von Kultureinrichtungen, auf die dann Projektförderung aufsatteln kann. Dazu gehört auch eine angemessene Finanzierung von sozialpädagogischen, von kulturpädagogischen Fachkräften. In erster Linie ist das Aufgabe der Kommunen, aber unserer Ansicht nach eben nicht nur. Kultur ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die im gesamtstaatlichen Interesse liegt – und daher auch gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen gefördert gehört. Gerade für den Bereich der Kulturellen Bildung wäre schon viel gewonnen, wenn wir endlich das Kooperationsverbot überwinden würden.

Solange dies nicht gelingt, sollten wir gerade in den Kommunen dafür werben, dass Kultur nichts ist, was man so nebenbei mal miterledigen kann, sondern immer wieder deutlich machen, dass Kultur die Basis unseres Zusammenlebens darstellt und keineswegs eine scheinbar freiwillige Aufgabe ist. Und wir sollten das Beantragen und Abrechnen von Mitteln über Bundesprogramme zur Finanzierung der Arbeit erheblich vereinfachen und auch die Möglichkeit eröffnen, darüber Personal zu finanzieren.

Und nicht zuletzt brauchen wir auch Strukturen, die gerade den ehrenamtlich Aktiven Angebote zur Weiterbildung und Schulung unterbreiten: für neue methodische Ansätze, für das interkulturelle Arbeiten, für partizipative Ansätze und gemeinsame Projektentwicklung, und und und. Und dazu gehören auch Möglichkeiten, sich regional oder darüber hinaus zu vernetzen und Erfahrungen auszutauschen.

Also: auch Zusammenschlüsse wie die Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren gehört gestärkt. Die LINKE hat sich in den vergangenen Jahren auch in den Haushaltsverhandlungen entsprechend engagiert und eine Erhöhung der Mittel auf gefordert, ebenso für den Fonds Soziokultur und der anderen Kulturfonds.

Nur, weil man es gewohnt ist, mit wenig Geld auszukommen, und kreativ genug ist, aus wenig viel zu machen, heißt das nicht, dass man nicht das fordern sollte, was einem zusteht – und eine bessere Finanzierung der Soziokulturellen Zentren wäre für mich die beste Form der Anerkennung dieser gesellschaftlich so wichtigen Arbeit.